

Längst normal? Zwei Perspektiven auf sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in Deutschland

Ulrike Schmauch

Einleitung

In diesem Beitrag geht es um die Frage, ob und wie sexuelle und geschlechtliche Minderheiten ihre Interessen in der Gesellschaft sichtbar machen und durchsetzen können. Zu diesen Minderheiten zählen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*-Personen und Intersexuelle; sie werden im Folgenden, entsprechend einer aktuell gebräuchlichen Abkürzung, zusammenfassend mit dem Kürzel LSBT*I bezeichnet.

Das Vorbereitungsteam der Tagung „*Schwache Interessen? Ein Blick in die deutsche Wirklichkeit*“ hatte beim Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD) einen Beitrag zur „*Frage nach der politischen Organisationsfähigkeit und -stärke von schwulen, lesbischen und transgender Jugendlichen und (jungen) Erwachsenen*“ (Toens 2017) angefragt.

In Absprache mit dem Vorbereitungsteam wurde geklärt, dass ich als Vertreterin des Bundesvorstandes des LSVD einerseits den Verband, andererseits aus fachlicher Perspektive die Situation von LSBT*I in der Sozialen Arbeit darstellen würde. Wichtig war mir dabei, die anvisierte Gruppe nicht auf Jugendliche und junge Erwachsene zu beschränken, sondern Menschen jeden Lebensalters in den Blick zu nehmen. Die Auseinandersetzung mit Themen sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ist für jede Lebensphase relevant, ob in der politischen oder in der Sozialen Arbeit mit LSBT*I.

Somit wird im folgenden Text die Frage nach den Interessen von LSBT*I aus zwei unterschiedlichen Perspektiven betrachtet und ihre spezifische Eigenart ebenso wie mögliche Verknüpfungen zwischen ihnen beleuchtet. Zunächst geht es um die Perspektive eines Interessenverbandes, anschließend um die Perspektive von Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Notlagen, Probleme oder Benachteiligungen zu Adressat_innen Sozialer Arbeit werden und zugleich einer sexuellen oder geschlechtlichen Minderheit angehören.

In der Kurzbeschreibung der geplanten und am 28.09.2017 in Darmstadt durchgeführten Tagung werden Adressat_innen Sozialer Arbeit bezeichnet als „*Personenkreise, deren Interessen in der politikwissenschaftlichen Interessengruppenforschung herkömmlicherweise den sog. schwachen, d. h. ressourcen-*

armen und politisch schwer organisierbaren Interessen zugerechnet werden“ (Toens/Benz 2017, S. 1). Im Weiteren wird dort Bezug genommen auf die Diskussion über die Durchsetzungsmacht schwacher Interessen, über konkrete Barrieren und Möglichkeiten politischer Einflussnahme (vgl. ebd.).

Diese Möglichkeiten und Barrieren werden im Folgenden beleuchtet. Nach (1.) der Darstellung des LSVD wende ich mich (2.) der Sozialen Arbeit und ihrem Umgang mit LSBT*I-Themen und -Klient_innen zu. Dies wird an strukturellen Merkmalen und an konkreten Praxisbeispielen verdeutlicht. Schließlich wird (3.) der Begriff der schwachen bzw. starken Interessen aufgegriffen und es werden im Bezug darauf die Möglichkeiten beider Seiten, des Verbandes und der LSBT*I-Klient_innen, eigene Rechte zu verwirklichen, einander gegenüber gestellt.

1 Der Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD)

Der LSVD ist die bundesweit größte Organisation von Lesben und Schwulen, Bisexuellen, trans*- und intergeschlechtlichen Menschen. In der aktuellen Fassung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertreter_innen (sog. „*Lobbyliste*“) heißt es über den Verband: „Der LSVD engagiert sich für gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Paare, für Vielfalt und Respekt sowie Nichtdiskriminierung aufgrund der sexuellen Identität. Weitere Aufgaben sind Beratung und Empowerment, auch durch Sozial- und Projektarbeit. Der LSVD gründete 2007 die Hirschfeld-Eddy-Stiftung mit den Schwerpunktthemen internationale Arbeit, Stärkung der Menschenrechte, Unterstützung von Menschenrechtsverteidiger_innen im globalen Süden und in Osteuropa.“ (Deutscher Bundestag 2018, S. 448)

Geschichte

Der Verband wurde 1990 von ostdeutschen schwulen Bürgerrechtlern als Schwulenverband (SVD) gegründet. Um bundesweit aktiv werden zu können, nannte er sich auf seinem ersten Verbandstag in Magdeburg um in „*Schwulenverband in Deutschland*“. Eine Initiative von Lesben rief 1998 dazu auf, den SVD in einen Lesben- und Schwulenverband umzuwandeln, und 1999 wurde die Erweiterung zum „*Lesben- und Schwulenverband in Deutschland*“ (LSVD) beschlossen. Seither setzt sich der Verband auf vielfältige Weise dafür ein, die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität zu bekämpfen und die rechtliche und soziale Gleichstellung voranzutreiben (LSVD o. J. a).

Politische Arbeit: Bürgerrechtspolitik, Solidarverband, Selbsthilfe

Die politische Arbeit des LSVD lässt sich laut Verbands-Homepage auf drei Ebenen beschreiben: als Ort der Bürgerrechtspolitik, als Engagement für Andere (Solidarverband) und als Forum der Selbsthilfe. Der Verband gilt für viele Menschen als erste Anlaufadresse für Fragen, Probleme und Hilferufe in Zusammenhang mit Homosexualität und geschlechtlicher Identität. Als Solidarverband bietet er Beratung und Unterstützung in Problemsituationen, mit denen Menschen wegen ihrer Homosexualität oder geschlechtlichen Identität konfrontiert werden (LSVD o. J. b).

Grundsätze

Seine Grundsätze erläutert der Verband im Programm folgendermaßen: „Der LSVD versteht sich als Bürgerrechtsverband. Die Menschenrechte und die Grundrechte unserer Verfassung sind der Kompass, die Bürgerrechtspolitik ist unsere Praxis, sie zu verwirklichen. Die Menschen- und Grundrechte materialisieren sich in gleichen Rechten und in gleichen Zugangsmöglichkeiten, also in tatsächlicher Gleichberechtigung. Wir wollen einen gesicherten Rahmen dafür schaffen, dass alle Menschen ihre persönlichen Lebensentwürfe selbstbestimmt entwickeln können – frei von rechtlichen und anderen Benachteiligungen, frei von Anpassungsdruck an überkommene Normen, frei von Anfeindungen und Diskriminierungen“ (LSVD 2018a, S. 2). Wie diese Grundsätze umgesetzt werden sollen, wird programmatisch an zehn Politikfeldern dargestellt, z. B. an der Gleichstellung im Recht, am Engagement für Respekt in Bildung und Erziehung, Wissenschaft und Kultur, an der Familien-, Generationen- und Gesundheitspolitik, am Einsatz gegen Hassgewalt und an der historischen Aufarbeitung von Verfolgung, am Kampf für gleiche Rechte und Vielfalt in Europa und für die Menschenrechte weltweit (ebd.).

Organisation

Dem LSVD Bundesverband gehören rund 4.500 Mitglieder (natürliche Personen) und 100 Mitgliedsorganisationen (juristische Personen) an; er ist untergliedert in 16 Landesverbände. Es gibt zwei Geschäftsstellen (in Köln und in Berlin) und neun Mitarbeitende, die hier und in den Projekten des Verbandes beschäftigt sind. Der ehrenamtliche Bundesvorstand besteht aus 13 Personen. Auf internationaler Ebene arbeitet der Verband eng mit Schwesterverbänden zusammen, so zum Beispiel mit dem „Network of European LGBTIQ* Families Associations“ (NELFA) und der „International Lesbian, Gay, Bisexual, Trans and Intersex Association“ (ILGA). Er ist als Nichtregierungsorganisation mit offiziellem Beraterstatus bei den Vereinten Nationen anerkannt (LSVD 2018b).

e

htige Ziele, für die der Verband in der Vergangenheit politisch gearbeitet wurden erreicht, darunter ein bundesweites Antidiskriminierungsgesetz (AGG), die Errichtung der Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, das Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen und die Rehabilitierung der nach Paragraph 175 StGB verurteilten Männer. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Einführung des rechtlichen Instituts der eingetragenen Lebenspartnerschaft, der rechtliche Kampf für die Gleichstellung Lebenspartnerschaft mit der Ehe insbesondere durch zahlreiche Verfassungsbeschwerden und schließlich die Ehe für alle.

Darüber hinaus wird am weiteren Abbau rechtlicher Diskriminierung gearbeitet, z. B. bezogen auf Regenbogenfamilien, die Reform des Transsexuellengesetzes und das Asylrecht. Zunehmend mehr Gewicht erhält das Tätigkeitsfeld Projektarbeit. In den von der Bundesregierung geförderten Projekten des Bundes geht es zum einen um Beratungskompetenz für soziale Fachkräfte in Arbeit mit Regenbogenfamilien. Zum anderen um Empowerment, sei es als Förderung der Selbstorganisation für intergeschlechtliche Menschen, für LSBT*IQ-Fluchterfahrung und für die bundesweite Vernetzung von Lesbengruppen, es als Stärkung für Aktivist_innen in der Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus (LSVD 2018b).

Zu aktuellen politischen Ereignissen wie der Bundestagswahl 2017 und dem Aufstieg der AfD in den Bundestag war und ist der Verband kontinuierlich aktiv, sowohl mit Stellungnahmen als auch mit Aktionen. Eine wichtige Rolle spielte dabei seine Mitarbeit in Netzwerken wie zum Beispiel im „Forum Menschenrechte“ oder im „Bündnis Solidarität mit den Sinti und Roma Europas“ sowie auch im „Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband“. Auf internationaler Ebene setzt sich der Verband für die Verteidigung der Menschenrechte von LSBT*IQ in anderen Ländern ein, so etwa in Tschetschenien, Ägypten oder Afrika; dies geschieht durch die Unterstützung von Konferenzen, Netzwerken und bedrohten Aktivist_innen in den jeweiligen Ländern und durch die Kooperation mit Projekten v.a. in Ost- und Südeuropa (ebd.).

Politische Interessenvertretung

Die politische Interessenvertretung bekennt sich der LSVD ausdrücklich. Demokratie bedeutet nach seinem Verständnis, die Möglichkeiten demokratischer Partizipation zu nutzen und für die eigenen Ziele Mehrheiten zu organisieren. Dies gelte auch für sexuelle und geschlechtliche Minderheiten. „Wahrgenommen wird nur, wer seine Interessen wirksam vertritt, in den Medien, über Parlament, Regierungen und Behörden“ (LSVD o. J. c). Daher ist es für den Verband wichtig, in den klassischen wie in den sog. Neuen Sozialen Medien gleichermaßen präsent zu sein und aktive Pressearbeit ebenso wie öffentlichkeitswirksame Kampagnen zu betreiben. Er ist inzwischen in mehreren

öffentlich-rechtlichen Rundfunkräten vertreten und wird offiziell von Bundestag, Bundesregierung und vom Bundesverfassungsgericht zu Anhörungen eingeladen, wenn die Belange von LSBT*I berührt sind.

Will man den LSVD in der Landschaft der Interessenverbände in Deutschland einordnen, so zeigt sich, dass er sowohl soziale als auch ideelle und gesellschaftspolitische Zielsetzungen verfolgt und damit ebenso Züge eines Wohlfahrtsverbandes wie auch einer Menschenrechtsorganisation trägt. Zwar ist der Verband im Verhältnis zu anderen Interessenverbänden in diesen Sektoren relativ klein, weist aber im Blick auf seine Geschichte und die Verwirklichung seiner Ziele eine Reihe wichtiger Erfolge auf, die sich positiv auf die Rechts- und Lebenssituation vieler Menschen auswirken.

2 LSBT*I-Klient_innen in der Sozialen Arbeit

Wie ist die Situation von Menschen, die aufgrund unterschiedlicher Notlagen, Probleme oder Benachteiligungen zeitweise oder dauerhaft Adressat_innen Sozialer Arbeit sind und zugleich einer sexuellen oder geschlechtlichen Minderheit angehören? Wie sieht der Alltag in sozialen Einrichtungen aus, wenn man die Themen sexueller Vielfalt sowie sexualitäts- und geschlechtsbezogener Diskriminierung beleuchtet? Welche Angebote zu diesen Themen finden sich in den Strukturen Sozialer Arbeit und welche fachlichen Kompetenzen auf Seiten der sozialen Fachkräfte?

Die Situation wird in der einschlägigen Literatur überwiegend kritisch beurteilt (vgl. Schenk 1996; Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport 1999; Calmbach/Rauchfleisch 1999; Rauchfleisch/Frossard/Waser/Wiesendanger/ Roth 2002; Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 2009; Hartmann 2013). Während es im gesamten, weitverzweigten Gebiet Sozialer Arbeit zu dieser Thematik für viele Praxisfelder noch relativ wenig Forschung gibt, finden sich am ehesten Untersuchungen im Bereich der Jugendhilfe und Befragungen von LSBT*I-Jugendlichen (vgl. Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Landeshauptstadt München 2011; Krell/Oldemeier 2015; Hessischer Jugendring 2017). Nachdenklich macht, dass sich soziale Fachkräfte selbst oft als offen, vorurteilsfrei und unterstützend gegenüber LSBT*I-Jugendlichen einschätzen (vgl. Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Landeshauptstadt München 2011). Diese positive Selbsteinschätzung steht im Kontrast zu Studienergebnissen, in denen lesbische, schwule und bisexuelle Jugendliche angeben, kaum Unterstützung durch soziale Fachkräfte erfahren zu haben (exemplarisch Watzlawick 2004; Mattfeldt/Thiede 2005; Simon 2008). In der LSBT*Q-Jugendstudie des Hessischen Jugendrings wird die Hypothese aufgestellt, dass es an vielen Orten wie etwa in Jugendverbänden, Sportvereinen und offenen Einrichtungen „an einem eingeübten, alltäglichen und diskriminierungs-

freien Umgang mit den Themen geschlechtlicher und sexueller Vielfalt fehlt“ (Hessischer Jugendring 2017, S. 14).

Zu der Beurteilung durch andere Autor_innen kommen meine eigenen Einblicke in die Praxis hinzu, die sich aus langjähriger Erfahrung in Aus- und Fortbildung in unterschiedlichen Feldern Sozialer Arbeit speisen. Davon ausgehend gelange ich zu einer Einschätzung, die – wohl wissend, dass sie nicht auf wissenschaftlicher Erhebung, sondern auf verdichteter professioneller Erfahrung beruht – im Folgenden als Hypothese zur Diskussion gestellt wird. Es gibt nach meiner Wahrnehmung eine Dreiteilung in der sozialen Praxis:

- eine kleine Anzahl von Einrichtungen mit *aktiver Antidiskriminierung*
- und eine ähnlich kleine Anzahl von Einrichtungen mit Formen *direkten Diskriminierung (Homo- und Transfeindlichkeit)*.
- Dazwischen liegt nach meiner Beobachtung ein breites Mittelfeld, in dem sich die häufigste Form des Umgangs mit nichtkonformen Liebes- und Lebensweisen in der Sozialen Arbeit, die *passive (indirekte) Diskriminierung* findet.

Aktiv antidiskriminierende Praxis

In der erstgenannten kleinen Gruppe von Einrichtungen findet *aktive Antidiskriminierung*, statt. Ihr Handeln zeigt, dass Impulse zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt aufgegriffen wurden, um sie in Konzepte und Alltagsstrukturen umzusetzen. Haltung und Vorgehen sind inklusiv; es geht den jeweiligen Trägern bzw. Teams darum, sich bewusst für LSBT*I-Klient_innen zu öffnen und sie in ihre berufliche Verantwortung einzuschließen.

Einige *Beispiele*: Ein Jugendamt organisiert Fortbildungen zur sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität für Mitarbeiter_innen der Jugendhilfe. Ein Beratungsverband entwickelt einen Leitfaden für die psychosoziale Beratung von inter* und trans* Personen und ihren Angehörigen. In einer evangelischen Familienbildungsstätte wird ein Gesprächskreis für lesbische Mütter, in einem offenen Treff der Altenhilfe ein Gesprächskreis für ältere frauenliebende Frauen angeboten. Eine Beratungsstelle macht eine Teamfortbildung zur Öffnung seines Angebots für LSBT*I-Klient_innen und entwickelt einen neuen Flyer mit explizit erweitertem Beratungsangebot. Eine Pflege- und Adoptionsvermittlungsstelle entwickelt ein Konzept zur gezielten Anwerbung gleichgeschlechtlicher Paare als Pflegeeltern. Eine Beratungsstelle führt eine Fortbildung für Hebammen zum Thema Intersexualität durch.

Direkt diskriminierende Praxis

In Einrichtungen des zweiten, ebenfalls kleinen Bereichs, dem der *direkten Diskriminierung*, werden Menschen mit nichtkonformem Geschlechtsrollenhandeln und Varianten der Geschlechtsidentität, mit homosexuellen Gefühlen

oder Lebensformen offen diskriminierend behandelt, sie werden zurückgewiesen, herabgesetzt und ausgegrenzt. Dies kann Klient_innen ebenso treffen wie soziale Fachkräfte selbst. Gründe dafür sind nicht nur Mängel an Wissen und Reflexion, sondern vor allem auch ideologisch-normative Überzeugungen von der Schädlichkeit der Homosexualität und rigide Geschlechterbilder.

Dazu einige *Beispiele*: In einem Kindergarten wirken die Erzieher_innen eindringlich auf einen Jungen ein, der sich nicht geschlechtsrollenkonform verhält – er solle doch ein richtiger Junge und nicht etwa am Ende schwul werden. Ein Jugendamt zeigt bei der Stiefkindadoption lesbischer Paare ein Vorgehen, das von unangemessen langer Dauer, extrem kontrollierend und demütigend für diese Familien ist. Aus einer Einrichtung für wohnsitzlose Männer wird ein Mann aufgrund seiner Homosexualität in ein Hotel ausquartiert. Die Leitung eines Kindergartens trennt sich von einem Erzieher, gegen den Eltern mit einer Unterschriftenliste – Kritik: „zu weiblicher Touch“ – vorgegangen waren. Eine Kirchengemeinde stellt eine Gemeindepädagogin nicht ein, nachdem sie von ihrer lesbischen Partnerschaft erfahren hat. Der katholische Träger eines Wohnheims kündigt einem Mitarbeiter, nachdem es Nachforschungen über sein Privatleben als schwuler Mann angestellt hat.

Passiv (indirekt) diskriminierende Praxis

Das breite Mittelfeld der *passiven, indirekten Diskriminierung* ist geprägt durch eine stumme heteronormative Selbstverständlichkeit, in der die Verschiedenheit sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten einfach nicht mit bedacht wird. Homosexuelle Gefühle und Menschen werden ignoriert und die damit verbundene Entwertung nicht wahrgenommen. Trans*- und intergeschlechtlichen Menschen werden nicht „gesehen“ und damit in ihrem Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben und in ihrer spezifischen Verletzlichkeit nicht wahrgenommen. In diesen Einrichtungen ist bisher „nicht angekommen“, dass es für soziale Fachkräfte als Einzelne und als Teams notwendig ist, sich selbstreflektiert und professionell mit dem Thema sexueller Vielfalt auseinanderzusetzen.

Dazu gehören *zum Beispiel* Kitas, in denen es ausschließlich Bücher gibt, die stereotype Geschlechterbilder und heterosexuelle Liebes- und Lebensformen zeigen, weiterhin Familienbildungsstätten und Beratungsstellen, die ihre Angebote wie selbstverständlich nur an heterosexuell lebende Menschen richten. Auch sind Anti-Mobbingkonzepte gemeint, in denen Homosexualitäts- und Trans*feindlichkeit nicht vorkommen und eine Sexualerziehung, in der Lust, Liebe und Familie ausschließlich auf heterosexuelle Konstellationen bezogen sind. Gemeint sind auch Jugendzentren, in denen nicht interveniert wird, wenn „schwul“ oder „lesbisch“ als Schimpfworte gebraucht werden.

Es leuchtet ein, dass sich die Erfahrungen von LSBT*I-Adressat_innen in den drei von mir skizzierten Bereichen Sozialer Arbeit entsprechend unterscheiden: In Einrichtungen mit *aktiver Antidiskriminierung* erleben die Menschen eine

respektvolle und empathische Aufmerksamkeit für ihre spezifische Situation als LSBT*I und das Angebot konkreter Unterstützung. In *offen diskriminierenden Strukturen* sind sie ungeschützt gegen Ablehnung und Gewalt, sei es durch Fachkräfte, sei es durch andere Klient_innen wie etwa Mitbewohner_innen in stationären Einrichtungen. Zu ihrem Selbstschutz sind sie auf Strategien des Vermeidens und Versteckens angewiesen. Im breiten Mittelfeld der *passiven Diskriminierung* erleben LSBT*I-Klient_innen, dass sie in einer wesentlichen Dimension ihrer Person und Lebensgeschichte ignoriert und allein gelassen werden.

Fallbeispiele

Im Folgenden möchte ich an Praxisbeispielen zeigen, wie Aspekte des Themas sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alltag Sozialer Arbeit vorkommen können. Die Beispiele stammen zum Teil aus Fortbildungen, zum Teil aus der Supervision, die ich mit Sozialarbeiter_innen im Anerkennungsjahr begleitend zu ihrem Berufspraktikum am Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit an der Frankfurt University of Applied Sciences durchführe.

- *Jugendzentrum*: Aktan, ein 17-jähriger Jugendlicher, erzählt dem Sozialarbeiter, dass er vor den Sommerferien auch seiner Mutter gesagt habe, dass er schwul sei. Daraufhin sei seine Oma aus der Türkei angereist gekommen und habe ihm eine Standpauke gehalten: so was gebe es in ihrer Familie nicht. Er liebe seine Familie. Was er nun machen solle?
- *Jugendwohngruppe*: Naima, 16 Jahre, sagt zur Betreuerin: „Ich habe mich in ein Mädchen verliebt. Jetzt bin ich ganz durcheinander. Was heißt das denn jetzt? Das darf doch nicht wahr sein, dass ich lesbisch bin“.
- *Wohnheim für Menschen mit Behinderungen*: Herr A., in Bewohner, Mitte Dreißig, erzählt der Betreuerin, seine Mutter habe ihm „den Krieg erklärt“, als er ihr gesagt habe, dass er Männer liebe. Aus Sicht der Betreuerin könne man sich da nicht einmischen; das sei halt die Privatmeinung der Mutter, damit müsse Herr A. klarkommen.
- *Wohnheim für ehemals drogenabhängige Frauen*: Im Gemeinschaftsraum sitzt die Sozialarbeiterin mit zwei Bewohnerinnen, Frau B. und Frau C., und sieht mit ihnen zusammen einen Film mit Marlene Dietrich an. Sie weiß, dass Frau B. Beziehungen zu Männern und Frau C. Beziehungen zu Frauen hat. Als im Film Marlene Dietrich eine Frau küsst, sagt Frau B.: „Iiii, wie eklig...!!“ Daraufhin steht Frau C. auf und verlässt den Raum. Die Sozialarbeiterin weiß nicht, wie sie reagieren soll.
- *Erziehungsberatung*: Ein Vater, Herr D., kommt aufgewühlt in die Beratung und berichtet, wie geschockt er sei, weil er auf dem PC seines jugendlichen Sohnes schwule Pornos entdeckt habe. Er habe den Sohn zur Rede gestellt, ihm den Marsch geblasen und den PC entfernt. Aber wie das zu erklären

sei? Er sei fix und fertig. Sie seien eine völlig normale, glückliche Familie, und nun das.

- *Schulsozialarbeit*: Nadine E., 18 Jahre, Berufsschülerin, Ausbildung zur Lageristin, spricht mit der Schulsozialarbeiterin. Sie ist seit einem halben Jahr glücklich verliebt in Vera, ihre Mitschülerin. Sie hat es ihrer Mutter erzählt, die daraufhin zuerst weinte, dann ablehnend und mit Vorwürfen reagiert hat. So sei es bis heute. Es sei unerträglich, weiter zuhause bei ihr zu leben, die Mutter habe sich völlig verändert.
- *Beratung*: Herr F., ein Mann Ende Fünfzig, sucht Beratung, weil sich sein noch verheirateter Partner nun seiner Frau und den Kindern offenbaren will. Herr F. will besprechen, wie er seinen Partner in dessen Coming-Out in der Familie unterstützen kann.
- *Beratung in der Altenarbeit*: Frau G., als Mann geboren, hat sich „schon immer“ weiblich gefühlt und lebt schon seit langer Zeit als Frau. Nun, mit zunehmendem Alter (sie ist 73 Jahre alt) und dem schlechter werdenden Gesundheitszustand, hat sie große Ängste davor, als die, die sie ist, in ein „normales Altersheim mit der normalen Pflege und allem“ zu kommen.
- *Kindergarten*: Herr und Frau H. kommen zum Elterngespräch, weil sie über die fehlende Jungenhaftigkeit ihres vierjährigen Sohnes besorgt sind. Sie erzählen, dass der Junge am liebsten mit Mädchen spiele, gern Kleider anziehe und in Rollenspielen weibliche Rollen übernehme. Ob er das im Kindergarten auch mache? Oder ob er dieses Mädchenhafte überhaupt aus dem Kindergarten habe?
- *Behindertenhilfe*: ein Frauenpaar, Frau J., Ende 60 und Frau K., Anfang 70, äußert seit Jahren immer wieder den Wunsch, in der Einrichtung zusammen zu wohnen. Dies wird von den Fachkräften verweigert, mit Hinweis darauf, dass die Angehörigen der Frauen, die auch deren gesetzliche Betreuer sind, dies nicht wünschen. Im Verlauf einer Fortbildung wird den Fachkräften klar, dass von Seiten der Angehörigen hier eine widerrechtliche Bevormundung vorliegt und dass es Aufgabe der Betreuer_innen ist, die Frauen in ihren Rechten auf Selbstbestimmung zu unterstützen.

In den Praxisbeispielen wird deutlich, dass Fragen der sexuellen Orientierung und geschlechtlicher Identität in jeder Lebensphase, vom Kindes- bis zum Rentenalter auftauchen. Sie zeigen sich in jeder Art sozialer Einrichtung, vom Kindergarten bis zum Altenheim. Soziale Fachkräfte werden mit schmerzhaften Konflikten von Klient_innen konfrontiert, in denen das Spannungsfeld zwischen individuellen Identitäts- und Liebeswünschen und rigiden gesellschaftlichen Normen erkennbar wird. Auf Seiten der Fachkräfte gibt es Gefühle der Verunsicherung oder der Ratlosigkeit, aber auch verurteilende Reaktionen und abwertendes Handeln. Hinter diesen Reaktionen stecken oft wenig bewusste Normalitätsvorstellungen und stereotype Haltungen gegenüber Geschlechterrollen und

Homosexualität. Zur Auseinandersetzung mit diesen Aspekten und zur Weiterentwicklung der professionellen Handlungsfähigkeit von sozialen Fachkräften in diesem Themenfeld habe ich das Konzept der Regenbogenkompetenz entwickelt. Da die Darstellung des Konzepts den Rahmen sprengen würde, sei hier Veröffentlichungen dazu verwiesen (Schmauch 2003, 2014, 2015, 2018).

3 LSBT*I-Interessen – ein Vergleich

Im Folgenden gehe ich auf die Möglichkeit von LSBT*I ein, ihre Interessen zu vertreten und beziehe mich dabei auf die Leitfragen, die das Vorbereitungsteam den Workshops auf der Tagung vorgab, um eine Vergleichbarkeit herzustellen. So ergibt sich eine Gegenüberstellung der Möglichkeiten beider Seiten – des Verbandes (LSVD) und der LSBT*I als Klient_innen Sozialer Arbeit –, ihre Bedürfnisse zu äußern und sich für ihre Belange einzusetzen.

„In welcher Hinsicht haben wir es hier mit schwachen bzw. starken Interessen zu tun?“

Beim LSVD¹ haben wir es mit einer relativ starken Interessenvertretung zu tun. Als Elemente von „Stärke“ können die bundesweite Organisationsform als Verband, eine erfolgreiche Lobbyarbeit und starke Bündnisse gelten. Neben materiellen Ressourcen wie Geschäftsstellen und Projektmitteln sind als personelle Ressourcen sowohl die Mitarbeitenden als auch die in Vorständen ehrenamtlich Tätigen anzusehen, darüber hinaus die Verbandsmitglieder, die einen Pool an beruflicher, politischer und lebensweltspezifischer Expertise bilden. *Relativ* ist die Stärke der Interessenvertretung des LSVD hier im Vergleich zur schwachen Position von LSBT*I-Adressat_innen Sozialer Arbeit. Im Vergleich wiederum zu einem Wohlfahrtsverband wie der Arbeiterwohlfahrt mit 450.000 Mitgliedern oder einem Jugendverband wie der katholischen Landjugend mit 70.000 Mitgliedern ist der LSVD mit 4.500 Mitgliedern ein kleiner Verband – was seinen Stellenwert als Organisation einer Minderheit widerspiegelt.

Blickt man auf die Subgruppen der LSBT*I, für deren Interessen der Verband eintritt, so zeigt sich, bezogen auf starke bzw. schwache Interessen, eine Binnendifferenzierung. Das *S* steht für die Schwulen, die aus historischen Gründen eine besonders organisations- und durchsetzungsstarke innerverbandliche Gruppe sind, was sich auch prozentual (mit 60 Prozent der Mitglieder) niederschlägt. Die erst ein Jahrzehnt später in den Verband hinzugekommenen Lesben – das *L* – bilden die zweitgrößte Subgruppe, gefolgt von *BTI*, den Bisexuellen, *Trans**- und Intersexuellen. Mit seiner Projektarbeit wirkt der

¹ Für wertvolle Hinweise zur Analyse des LSVD danke ich Gabriela Lünsmann.

Verband gezielt auf die Stärkung der Trans*- und Intersexuellen, also der *geschlechtlichen* Minderheiten hin, ebenso auf die verstärkte Sichtbarkeit der Lesben in der Gesellschaft wie im Verband.

Bei *Klient_innen Sozialer Arbeit* ist demgegenüber von einer schwachen Interessenvertretung auszugehen. Sie begegnen den sozialen Fachkräften zunächst einfach als Menschen in prekären Lebenslagen, in Situationen akuter Not oder chronischer Belastung. Häufig sind sie in mehrfacher Hinsicht benachteiligt. Dass sie außerdem lesbisch oder schwul, bi-, trans*- oder intersexuell sind, spielt als Thema in ihrer Suche nach Hilfe manchmal eine Rolle, sehr oft aber gar nicht – sei es, weil andere Anliegen dringender, existentieller erscheinen, sei es, weil die Klient_innen sich fürchten oder schämen, sich mit ihrer „Abweichung“ zu zeigen. Nimmt man sie als „Gruppe“ in den Blick, so erklärt sich die „Schwäche“ ihrer Interessen also zunächst aus ihrer belasteten Lebenssituation, dann aus ihrer Vereinzelung und dem fast vollständigen Mangel an Vernetzung. Dies ist jedoch nicht nur „Schicksal“, sondern auch die Auswirkung struktureller Diskriminierung und Ignoranz auf Seiten sozialer Institutionen und Folge mangelnden Bewusstseins und Handelns sozialer Fachkräfte.

„Warum bleiben/werden hier manche Interessenträger_innen schwach/stark?“

Der *LSVD* ist als Träger der Interessen von *LSBT*I* aus mehreren Gründen stark geworden. Ein Grund liegt in der Kontinuität der politischen Arbeit seit über 28 Jahren, in der Struktur und Vernetzung des Verbandes ausgebaut wurden, ein Prozess, der auch mit personeller Kontinuität, also der fortwährenden Mitarbeit zentraler, zum Teil prominenter Verbandsmitglieder verbunden ist. Hinzu kommt, dass der Verband seine Zielgruppe(n) im Lauf der Zeit ausgeweitet und sich damit zum Sprecher einer größer gewordenen Gruppe entwickelt hat: er wurde vom Schwulenverband in Ostdeutschland zum „Lesben- und Schwulenverband in Deutschland“ und tritt heute programmatisch für die Rechte von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, von trans*- und intersexuellen Menschen ein.

Öffentlich bekannt wurde der Verband besonders dadurch, dass er sich für rechtliche Ziele – für gleiche Rechte – einsetzte und wichtige Verbesserungen beim Abbau rechtlicher Diskriminierung erreichte. Dies gelang ihm nicht nur durch seine aktive Öffentlichkeitsarbeit, sondern auch durch die Unterstützung, die er in einigen politischen Parteien und in manchen (Landes- und Bundes-) Regierungen organisieren konnte. Ebenso wirksam war und ist seine Netzwerk- und Bündnispolitik, sowohl auf regionaler und bundesweiter Ebene als auch im internationalen Kontext, wo der Verband mit Kooperationspartnern im *LSBT*I*-Bereich und mit anderen Menschenrechtsorganisationen zusammenarbeitet. Schließlich hat *in Teilen* der Gesellschaft eine allmählich wachsende Zustimmung zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt dazu beigetragen, dass der

Verband in seiner Politik zunehmend erfolgreich wurde – so wie umgekehrt der *LSVD* seinerseits zu dieser wachsenden gesellschaftlichen Akzeptanz beitrug. Nicht zuletzt resultiert die Stärke des Verbandes daraus, dass Diskriminierungserfahrung in politischen Kampf gewendet wurde; der aus dieser Erfahrung entstehende Zorn wurde positiv kanalisiert und konnte eine große Kraft entfalten. Außerdem trug, wie in allen Emanzipationsbewegungen, das Erleben der Solidarität und der Überwindung der Isolation zur Stärke bei.

In ihrer Vereinzelung sind *LSBT*I-Klient_innen Sozialer Arbeit* in einer Position schwacher Interessenträger_innen. Sie bilden keine homogene oder gar vernetzte Gruppe, finden sich vielmehr verstreut in den unterschiedlichsten Bereichen und sozialen Institutionen. Als Einzelne bleiben sie größtenteils verborgen, sei es aus Vorsicht ungeoutet, sei es ignoriert durch soziale Fachkräfte; damit bleiben sie schwach. Insgesamt ist ihre Situation durch den Grad ihrer Abhängigkeit von der jeweiligen Institution und von den dort tätigen Fachkräften bestimmt. Vergleicht man Praxisfelder im Blick auf die Frage, wie akzeptiert *LSBT*I* als Klient_innen dort jeweils mit ihrer sexuellen Orientierung bzw. geschlechtlichen Identität sind, so zeigt sich als Tendenz, dass es seit den 1990er Jahren eine partielle Öffnung der Einrichtungen für sie und ihre Interessen eher in den Feldern der *Jugendarbeit*, der *Familienberatung* und des *Gesundheitsbereichs* gibt. Hier haben Fortbildung und konzeptionelle Weiterentwicklung zu gewissen Verbesserungen und damit vermutlich zur Unterstützung von *LSBT*I*-Adressat_innen geführt. Andere Praxisfelder Sozialer Arbeit – z. B. Wohnungslosigkeit, Haft, Armut, Alter, Gewalt, Behinderung – enthalten mehr Risiken für diese Menschen, weil das Thema sexueller und geschlechtlicher Vielfalt hier bisher kaum als vordringlich für Fortbildung und Weiterentwicklung gehalten wurde und die Menschen als Angehörige sexueller bzw. geschlechtlicher Minderheiten damit nicht in ihrer erhöhten Vulnerabilität wahrgenommen werden. Das Risiko einer „bleibenden Schwäche“ der Interessen stellt sich in besonderer Weise auch für Menschen in stationären Einrichtungen, also für *LSBT*I*, die in Heimen der Jugend- und Behindertenhilfe oder der Altenpflege leben und es im Kontext der dortigen Nähe und Betreuung oftmals kaum wagen, ihre „nicht normalen“ Liebeswünsche, Biografien und Identitäten zu zeigen.

„Welche einerseits Organisations- und Konfliktfähigkeiten, andererseits -realitäten werden hier gesehen?“

Betrachtet man die Frage der Konfliktfähigkeit, so wird deutlich, dass der *Verband* gezielt gegen kirchliche, behördliche, rechtliche, digitale u. a. Formen der Diskriminierung, der Homo- und Transphobie vorgeht und damit den Konflikt aktiv sucht. Dabei beruft er sich auf die Grund- und Menschenrechte, die Gleichberechtigung und den Minderheitenschutz, die Verteidigung der Demokratie und auf den Zusammenhalt der Gesellschaft insgesamt. Durch Kampag-

nen und andere Formen der Öffentlichkeitsarbeit, zivilgesellschaftliche Bündnisse und Kooperation mit Parteien gelingt es ihm immer wieder, wenn auch oft erst nach jahrelangem Einsatz, produktive Konfliktlösungen zu erreichen – anders gesagt: Diskriminierung zu verringern – und somit die Realität partiell weiter im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen. Dass der Verband trotz seiner begrenzten Größe über einen dazu notwendigen Organisationsgrad verfügt, wurde oben dargestellt.

*LSBT*I-Klient_innen Sozialer Arbeit* können es sich hingegen viel weniger „leisten“, sich mit ihrem Gegenüber, der sozialen Einrichtung bzw. den sie betreuenden Fachkräften auf einen Konflikt um ihre geschlechtliche Identität oder ihre Liebes- und Lebensweise einzulassen. Auch wenn sie insgesamt als Person unterstützend behandelt werden, so erleben sie doch sehr oft, dass sie als sexuelles und geschlechtliches Wesen mit nichtkonformen Gefühlen und Wünschen nicht wahrgenommen und unterstützt werden. In einer solchen Situation als verstreute Einzelne kann von einer möglichen Organisationsfähigkeit zunächst nicht gesprochen werden.

Allerdings verbessert sich derzeit die Situation für manche Adressat_innen, weil sich einige Bereiche Sozialer Arbeit durch den Einfluss von Projekten der LSBT*I-Bewegung verändert haben und weiter verändern – wie zum Beispiel durch Angebote der Aidshilfe, der Lesben- und Schwulenberatung, der queeren Jugendzentren, der Trans*- und Inter-Selbsthilfeorganisationen, der Projekte von und mit Regenbogenfamilien, der Rainbow-Refugee-Bewegung. Die Ausstrahlung dieser Projekte auf die „reguläre“ Soziale Arbeit verdankt sich ihrem gleichstellungspolitischen Impetus, ihren innovativen und kreativen Impulsen und der aktiven Bemühung um wechselseitige Kooperation. Hinzu kommt, dass Themen wie Diversity-Sensibilität, Sexualpädagogik der Vielfalt und Regenbogenkompetenz in den letzten zwanzig Jahren in kleinen Schritten Eingang in Aus- und Fortbildung sozialer Fachkräfte finden. Damit steigt die Chance für LSBT*I, in der Sozialen Arbeit als Klient_innen eher wahrgenommen und unterstützt zu werden. Es verdeutlicht erneut, wie sehr sie als Einzelne auf die reflektierte Aufmerksamkeit der sozialen Fachkräfte angewiesen sind, aber auch, wie wirksam die Fachkräfte als anwaltliche Unterstützer_innen für sie tätig sein können, wenn dies zumindest ansatzweise strukturell ermöglicht wird. Dass der schwerfällige Tanker „Soziale Arbeit“ sich überhaupt langsam in Richtung „Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt“ bewegt, ist im Wesentlichen dem frischen Wind und dem Druck der zivilgesellschaftlichen LSBT*I-Initiativen und Verbände zu verdanken.

„Welche Rolle spielen verschiedene (alte und neue) Instrumente und Strategien in Prozessen der Interessenvermittlung?“

Zur Vertretung der Interessen von LSBT*I ist für den *Verband* die Öffentlichkeitsarbeit zentral, die in den bereits beschriebenen unterschiedlichen Formen

stattfindet und mit Mitgliederwerbung verknüpft wird. Die umfangreiche Verbandswebsite wird laufend aktualisiert, erweitert und verlinkt. Über sie wird auch Beratung zu LSBT*I-spezifischen Problemstellungen angeboten und in welchem Maß genutzt. Die aktive Netzwerkarbeit als Faktor der Interessenvermittlung wurde bereits genannt, auch die Strategie, Gesetzesinitiativen auf den Weg zu bringen, was ebenso bewusstseinsbildend wie realitätsverändernd wirkt. Für den LSVD als Interessenverband ist es eine relativ neue Entwicklung, verkehrt in die Projektarbeit einzusteigen. Dabei sind die Themen zum Teil Ausdruck einer verstärkten Tendenz, das eigene Diskriminierungsthema in einen weiteren politischen Kontext zu stellen und sich in der Gesellschaft als Bürgerrechtsverband aktiv gegen Menschenfeindlichkeit und Rechtspopulismus und für Demokratieförderung allgemein einzusetzen.

Lesbische, bisexuelle und schwule, trans*- und intersexuelle *Klient_innen Sozialer Arbeit* verfügen als vereinzelt Individuen nicht über Instrumente oder gezielte Strategien zur Vermittlung ihrer Interessen. Hier kann man allenfalls von individuellen Bewältigungsstrategien sprechen. Es gibt aber Tendenzen, die ihnen als Individuen Rückenwind für die Anerkennung und Verwirklichung ihrer Bedürfnisse geben. In der Sozialen Arbeit bzw. in Überschneidung mit ihr gibt es in neuerer Zeit Initiativen, in denen LSBT*I, die Klient_innen Sozialer Arbeit *sein* *ler werden könnten*, ihre Interessen auf selbstbewusste Weise selbst vertreten. Sie präsentieren sich der „klassischen“ Sozialen Arbeit als eigenständige Organisation und ebenbürtige Partner. So haben sich zum Beispiel im Dachverband „Lesben und Alter“ e.V. und bei „BISS Bundesinteressenvertretung schwuler Frauen“ e.V. Menschen organisiert, die für ihre Interessen als alternde und zukünftig pflegebedürftige Lesben bzw. Schwule eintreten. Im Jugendbereich wurden Vereine gegründet, die sich für junge Menschen jeglicher sexueller Orientierungen und Geschlechteridentitäten einsetzen und Unterstützung und Beratung von homosexuellen, bisexuellen und transgender Jugendlichen und jungen Erwachsenen anbieten. Dazu gehören zum Beispiel das bundesweite „Jugendnetzwerk Lambda“, „Our Generation“ e.V. sowie „Vielbunt/queere Community armstadt“ e.V. Sie verstehen sich als eine selbstbestimmte Gemeinschaft, die aus ihrer Kritik an diskriminierenden Strukturen der Jugendhilfe und dem dortigen Mangel an unterstützenden Angeboten entstanden ist. Auch sie sehen sich nicht als Klient_innen Sozialer Arbeit im herkömmlichen Sinne, sondern als Teil der LSBT*I-Community, der selbstbewusst Räume einfordern, Förderanträge einreichen und Fachkräfte einstellen kann und Träger und Nutzer neuartiger Einrichtungen und Angebote ist. Ihre Konzepte basieren auf den Prinzipien der Selbstvertretung und der Partizipation.

„Gibt es veränderte politische Strukturen bzw. Erwartungen der Politik als Adressatin der Interessenvertretung, und wie werden diese an Akteurinnen und Akteure der Sozialen Arbeit kommuniziert?“

Die hier angesprochenen politischen Veränderungen begegnen dem LSVD in positiver wie negativer Weise – in manchen Bereichen mit allmählich wachsender Anerkennung, in anderen Bereichen mit zunehmenden homophoben Angriffen. Auf der positiven Seite ist festzustellen, dass der Verband auf Bundesebene vermehrt um Stellungnahmen gebeten und zu Kooperationen angefragt wurde. Zwar war er in der Vergangenheit schon häufig an Gesetzgebungsverfahren beteiligt gewesen, aber in den letzten Jahren kamen weitere Anfragen aus dem Bundesfamilien-, dem Bundesjustiz- und dem Bundesentwicklungshilfeministerium sowie dem Auswärtigen Amt, von Seiten des Bundesverfassungsgerichts und der Antidiskriminierungsstelle des Bundes hinzu (LSVD 2018b). Darin kommt – zumindest in einigen Bereichen „der Politik“ – die gewachsene Bereitschaft zum Ausdruck, den Verband wegen seiner Expertise im LSBT*I-Bereich und seiner entschiedenen menschenrechtlichen Positionierung anzuerkennen und von ihm ausgewiesene Beiträge zu relevanten politischen Fragen zu erwarten. Es wird wahrgenommen, dass manche Politikbereiche nicht ohne die Zivilgesellschaft, sondern nur gemeinsam mit ihr weiterentwickelt werden können.

Diese Veränderung wird vom Verband als Vertreter von LSBT*I-Interessen nicht direkt „an Akteur_innen der Sozialen Arbeit kommuniziert“; jedoch haben die Aspekte gewachsener Anerkennung und gestiegener Erwartungen indirekte Auswirkungen auf Teilbereiche Sozialer Arbeit. Das zeigt sich etwa an dem vom Bundesfamilienministerium geförderten Projekt „Beratungskompetenz zu Regenbogenfamilien – Erfordernisse und Potenziale professioneller Begleitung“. Dessen Leiterinnen boten im Projektkontext bundesweit Fortbildungen zum Thema an, nach denen sich eine enorme Nachfrage entwickelte. Im dreijährigen Projektverlauf wurden rund 60 Veranstaltungen mit Berater_innen verschiedenster Träger und Verbände durchgeführt (vgl. LSVD o. J. d.). So wurden die Professionellen als Akteur_innen erreicht und dazu ermutigt, mit ratsuchenden Regenbogenfamilien so zu arbeiten, dass diese sich in ihren Bedürfnissen besser verstanden und respektiert fühlen können. Zu aktuellen Veränderungen politischer Strukturen gehören andererseits auch rechtspopulistische bis rechtsextreme Phänomene (von wachsender Hasskriminalität im Netz bis zur AfD), die nicht nur Frauen- und Fremdenfeindlichkeit, sondern auch offene Homo- und Transphobie einschließen. Darauf geht der Verband mit seinem erneuerten Programm, seinen politischen Aktivitäten und in einigen seiner Projekte gezielt ein.

Im Blick auf *LSBT*I als Klient_innen Sozialer Arbeit* ist wieder zu differenzieren: auf der einen Seite müssen diejenigen bedacht werden, die sich, wie beschrieben, als verstreute, oft ungeoutete Einzelne in den genannten risikobe-

afteten Bereichen Sozialer Arbeit, zum Teil in stationären Einrichtungen und in sehr abhängiger Situation, befinden. Da es ihnen in ihrer Lage kaum gelingt, ihre spezifischen Identitäts- und Beziehungswünsche einzubringen und zu verwirklichen, können sie – zumindest im wörtlichen Sinne – auch kaum als Akteur_innen im eigenen Interesse gelten. Ohne Ermutigung durch Fachkräfte und Öffnung der Institutionen wird sich das auch nicht ändern.

Ihnen stehen auf der anderen Seite Klient_innen gegenüber, deren Chancen auf sexueller und geschlechtlicher Selbstbestimmung sich in der Sozialen Arbeit langsam verbessern. Grund dafür ist, dass seit einigen Jahren auf regionaler und kommunaler Ebene neue politische Akzente für die Interessen von LSBT*I gesetzt wurden. Diese Veränderung sei hier beispielhaft an den sog. „Aktionsplänen für Akzeptanz und Vielfalt“ verdeutlicht, die seit 2012 in 13 verschiedenen Bundesländern beschlossen wurden und sich in der Umsetzung befinden (vgl. Change Centre Foundation 2015). Übergeordnete Ziele der Aktionspläne sind der Einsatz gegen Homo- und Transphobie, die verbesserte Gleichstellung von LSBT*I und die Anerkennung vielfältiger sexueller Lebensweisen und geschlechtlicher Identitäten. Die Aktionspläne wurden von den jeweiligen Landesregierungen zum Teil in partizipativen Prozessen mit der jeweiligen regionalen LSBT*I-Community, mit Selbsthilfegruppen und Initiativen erarbeitet. Diese Kooperationsprozesse stellen eine hohe Herausforderung für beide Seiten dar, wie ich es beim Hessischen Aktionsplan für Akzeptanz und Vielfalt, an dessen Entwicklung ich mit beteiligt war, selbst erfahren habe. Überblickt man die Handlungsfelder, auf die sich die Ziele und Vorhaben der Aktionspläne beziehen, so zeigen sich Überschneidungen mit einigen Praxisfeldern Sozialer Arbeit – etwa bei geplanten Maßnahmen in den Bereichen Kinder, Jugend und Familie, Bildung, Gesundheit, Pflege und Alter, Menschen mit Behinderungen, Gewalt, Kultur und Freizeit. Die jährlichen Berichte über die umgesetzten Maßnahmen lassen erkennen, dass Projekte von verschiedenen freien Trägern, aber vor allem von Initiativen aus der LSBT*I-Community gefördert wurden. Sofern unterstützen die Aktionspläne bereits gut organisierte Initiativen darin, sich als Akteur_innen für ihre Interessen zu stärken und ihre Situation aktiv zu verbessern.

Schluss

zunächst schien es fast, als ob LSBT*I-Klient_innen und der LSVD jeweils auf einem „anderen Stern“ oder in einem „anderen Jahrhundert“ lebten. Möglichkeiten politischer Interessenvertretung und Einflussnahme waren ausschließlich beim Verband zu erkennen, während die Klient_innen bei der Verwirklichung ihrer Interessen von unüberwindlichen Barrieren umstellt waren. Dem rauhenpaar in der Einrichtung der Behindertenhilfe, Frau J. und Frau K. (vgl.

Gliederungspunkt 2), das immer wieder den Wunsch nach einer gemeinsamen Wohnung äußerte, wurde dies jahrelang widerrechtlich von Betreuenden verweigert – während gleichzeitig für große Teile der Gesellschaft die vom LSVD erkämpfte Lebenspartnerschaft fast schon zur Normalität gehörte. Frau G. (ebd.), als Mann geboren und schon lange als Frau lebend, hat begründete große Ängste davor, in ein „normales Altersheim mit der normalen Pflege“ zu kommen – während sich gleichzeitig der Verband für die Selbstbestimmung trans*geschlechtlicher Menschen einsetzt und auf jedem Christopher Street Day (CSD) eine Vielfalt der Geschlechter zu sehen ist, die in ihrer Buntheit vom Publikum beklatscht wird.

Diese Gleichzeitigkeit wurde in der Analyse überdeutlich. Es koexistieren die Erfolgsgeschichte des LSVD und wieder erstarkende, religiös fundierte Homophobie, selbstbewusste LSBT*I-Projekte und viele ängstlich versteckt lebende und unterdrückte Klient_innen in Einrichtungen Sozialer Arbeit. Das weist auch auf soziale Ungleichheit: diese Klient_innen, oft in Armut und randständig, sei es in Heimen oder in Haft, in Wohnungslosigkeit oder anderen gefährdenden Lebenssituationen, verfügen meist nicht über das soziale und kulturelle Kapital und die materiellen Ressourcen, die erforderlich wären, um die eigenen Interessen selbstbewusst zu vertreten – ganz im Unterschied zu den Menschen, die sich im Verband und in den selbstorganisierten Projekten zusammenschließen, um sich kompetent und fordernd für ihre Interessen als LSBT*I einzusetzen.

Die Entwicklung des Verbandes verdeutlicht, dass ursprünglich ausgesprochen schwache Interessen – die einer kleinen, verachteten sexuellen Minderheit – stärker werden können, wenn sie wirksam organisiert, offensiv und mit geeigneten politischen und rechtlichen Mitteln vertreten werden. Positive Veränderungen, die sich in der Sozialen Arbeit zeigten, verwiesen auf unterschiedliche Faktoren: auf wirksame Qualifizierung sozialer Fachkräfte, die in regulären Einrichtungen tätig sind und auf die Bedeutung von Politik und Verwaltung, die, wie im Fall der Landes-Aktionspläne für Akzeptanz und Vielfalt, Rahmenbedingungen für Antidiskriminierung auch in sozialen Praxisfeldern verbessern können. Als weitere Faktoren zeigten sich aus der LSBT*I-Bewegung kommende soziale Projekte und Initiativen, die mit innovativen Konzepten und einem politisierten Selbstverständnis die Soziale Arbeit dazu herausfordern, sich zu öffnen.

Es bleibt viel zu tun, um das nach meinem Eindruck immer noch recht „breite Mittelfeld der passiven, indirekten Diskriminierung mit seiner stummen heteronormativen Selbstverständlichkeit“ weiter zu bearbeiten. Die Interessen und Rechte von Menschen, die einer sexuellen oder geschlechtlichen Minderheit angehören, brauchen Stärkung auf unterschiedlichen Ebenen: durch die politische Arbeit des LSVD und durch die Selbstorganisation von weiteren LSBT*I-Initiativen, durch qualifizierte und empathisch unterstützende soziale Fachkräfte und durch „die Politik“.

Literatur

- BISS – „Bundesinteressenvertretung schwuler Senioren“ e.V. Zugriff am 20.05.2018 unter <http://schwuleundalter.de/>
- Calmbach, Beatrice, Rauchfleisch, Udo (1999): Lesbenfeindliche Einstellungen in sozialen Berufen. *Wege zum Menschen*, Jg. 51, 39-45.
- Change Centre Foundation (2015): Übersicht über die Maßnahmen der Landesaktionspläne gegen Homo- und Transphobie in den deutschen Bundesländern. Meerbusch. Zugriff am 18.05.2018 unter www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Bildung/CCF_LSBTTIQ_Synopse.pdf
- Dachverband „Lesben und Alter“ e.V. Zugriff am 20.05.2018 unter <http://lesbenundalter.de/de/>
- Deutscher Bundestag (2018): Bekanntmachung der öffentlichen Liste über die Registrierung von Verbänden und deren Vertretern vom 11. Mai 2018, Berlin. Zugriff am 15.06.2018 unter www.bundestag.de/blob/189456/925cafb1b852e9b692fba1d115b1ccd6/lobbylisteamtlich-data.pdf
- Hartmann, Jutta (2013): Bildung als kritisch-dekonstruktives Projekt – pädagogische Ansprüche und queere Einsprüche. In: Hünersdorf, Bettina/Hartmann, Jutta (Hg.): Was ist und wozu betreiben wir Kritik in der Sozialen Arbeit? Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 255-280.
- Hessischer Jugendring e.V. (Hg.) (2017): Dass sich etwas ändert und sich was ändern kann – Ergebnisse der LSBT*Q-Jugendstudie: Wie leben lesbische, schwule, bisexuelle und trans* Jugendliche in Hessen?. Wiesbaden: Jugendnetzwerk Lambda e.V. Zugriff am 20.05.2018 unter www.lambda-online.de/
- Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen der Landeshauptstadt München (Hg.) (2011): „Da bleibt noch viel zu tun...!“ Befragung von Fachkräften der Kinder- und Jugendhilfe zur Situation von lesbischen, schwulen und transgener Kindern, Jugendlichen und Eltern in München. München. Zugriff am 20.8.2018 unter www.miramue.de/files/pdf/Jugendhilfe_Broschuere.pdf
- Krell, Claudia/Oldemeier, Kerstin (2015): Coming-out – und dann...?! Ein DJI-Forschungsprojekt zur Lebenssituation von lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans* Jugendlichen und jungen Erwachsenen. München. Zugriff am 01.05.2018 unter www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2015/DJI_Broschuere_ComingOut.pdf
- LSVD – Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (o. J. a): Kleine Geschichte des LSVD. Zugriff am 28.04.2018 unter www.lsvd.de/verband/kleine-geschichte-des-lsvd.html
- LSVD – Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (o. J. b): Ziele / Politische Arbeit. Zugriff am 28.04.2018 unter www.lsvd.de/ziele/politische-arbeit.html#c319
- LSVD – Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (o. J. c): Ziele / Bürgerrechte. Zugriff am 26.04.2018 unter www.lsvd.de/ziele/buergerrechte.html#c2204
- LSVD – Lesben- und Schwulenverband Deutschland (o. J. d): Projekt „Beratungskompetenz Regenbogen Familie!“ Zugriff am 18.05.2018 unter <http://www.regenbogenkompetenz.de>
- LSVD – Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2018a): Menschenrechte, Vielfalt und Respekt, Beschluss des LSVD-Verbandstages 2018. Zugriff am 27.04.2018 unter www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Verbandstage/VT-2018/Menschenrechte_Vielfalt_und_Respekt_LSV-D-Programm_2018.pdf
- LSVD – Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (2018b): LSVD-Verbandstag 2018 – Tätigkeitsbericht des Bundesvorstandes. Zugriff am 28.04.2018 unter www.lsvd.de/fileadmin/pics/Dokumente/Taetigkeitsberichte/LSVD_Taetigkeitsbericht_2017_2018.pdf
- Mattfeld, Annette/Thiede, Bernd (2005): Homosexualität – ein Thema für Jugendhilfe und Schule. Hg. vom Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales der Freien Hansestadt Bremen. Bremen. Our Generation e.V. Zugriff am 20.05.2018 unter <http://ourgeneration-ffm.de/>
- Rauchfleisch, Udo/Frossard, Jaqueline/Waser, Gottfried/Wiesendanger, Kurt/Roth, Wolfgang (2002): Gleich und doch anders. Psychotherapie und Beratung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen und ihren Angehörigen. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Schenk, Michael (1996): „Links ist cool, rechts ist Schwul“ – Zur Schwulenfeindlichkeit männlicher Jugendlicher in der offenen Jugendarbeit. In: Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport,

- Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Hg.): Opfer, Täter, Angebote. Gewalt gegen Schwule und Lesben. Berlin, 52-56.
- Schmauch, Ulrike (2003): Berufsrolle, sexuelle Orientierung und professionelles Handeln in der Sozialen Arbeit. Zugriff am 14.05.2018 unter https://soziales.hessen.de/sites/default/files/HSM/dokumentation_diversity_0.pdf
- Schmauch, Ulrike (2014): Auf dem Weg zur Regenbogenkompetenz. In: Borchardt, Ilka/Reinhold, Heiko (Hg.): Homosexualität in der Familie – Handbuch für familienbezogenes Fachpersonal. Hrsg. vom Familien- und Sozialverein des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland e. V. Köln, 37-45.
- Schmauch, Ulrike (2015): Sexuelle Vielfalt und Regenbogenkompetenz in der Sozialen Arbeit. In: Bretländer, Bettina/Köttig, Michaela/Kunz, Thomas (Hg.): Vielfalt und Differenz in der Sozialen Arbeit – Perspektiven auf Inklusion. Stuttgart: Kohlhammer, 170-178.
- Schmauch, Ulrike (2018): Interview. In: Jansen, Elke/Jansen, Kornelia (Hg.): Sind nicht alle Familien bunt? Ein Trainingsmanual – berührend, leicht, wirksam. Hrsg. Vom Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (LSVD). Köln, 11-14.
- Senatsverwaltung für Schule, Jugend und Sport, Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen (Hg.) (1999): Sie liebt sie. Er liebt ihn. Eine Studie zur psychosozialen Situation junger Lesben, Schwuler und Bisexueller in Berlin, 2. Aufl. Berlin.
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales – Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (Hg.) (2009): Homophobie in der Einwanderungsgesellschaft. Berlin.
- Simon, Bernd (2008): Einstellungen zur Homosexualität. Ausprägungen und psychologische Korrelate bei Jugendlichen ohne und mit Migrationshintergrund (ehemalige UdSSR und Türkei). Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie, 40 (2), 87-99.
- Toens, Katrin (2017): E-Mail vom 30. März 2017 an die Geschäftsstelle des LSVD in Köln.
- Toens, Katrin/Benz, Benjamin (2017): Wissenschafts-Praxis-Dialog “Schwache Interessen revisited – Politische Interessenvertretung in Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit” – Kurzbeschreibung des Vorhabens. Unveröffentlichtes Manuskript.
- Vielbunt – queere Community Darmstadt e.V. Zugriff am 20.05.2018 unter www.vielbunt.org/
- Watzlawick, Meike (2004): Uferlos? Jugendliche erleben sexuelle Orientierungen. Books on Demand.

„Psychisch krank“ – Gelingt Inklusion trotz Tabuisierung?

Andrea Dischler, Waltraud Himmelmann, Rainer Höflacher

Einleitung

Ein zentrales Arbeits- und Handlungsfeld Sozialer Arbeit ist die Soziale Psychiatrie. In der hier gebotenen Kürze erfolgt (1.) eine historisch-begriffliche Einordnung und (2.) eine Darstellung von Leitgedanken Sozialer Psychiatrie. An dieser Stelle werden Merkmale von schwachen Interessen (vgl. Artikel von v. Winter in diesem Band) sichtbar. Anknüpfend an zwei Stimmen – Psychiatrie-Erfahrene und stationäre Psychiatrie – legt der Artikel (3. und 4.) dar, wie es um die Durchsetzungsmacht der (schwachen) Interessen von Psychiatrie-Erfahrenen bestellt ist. Abschließend (5.) werden Faktoren genannt, die Partizipation und Repräsentation von psychisch kranken Menschen in der Gesellschaft und im Staat fördern bzw. sichern können. Der Artikel ist aus Sicht Sozialer Arbeit, angereichert mit der Sicht von Psychiatrie-Erfahrenen (PE) verfasst.

1 Historisch-begriffliche Einordnung

Psychiatrie befasst sich als Teildisziplin der Medizin mit Diagnostik, Intervention, Erforschung und Prävention von/bei psychischen Erkrankungen. Zudem bezeichnet sie einen konkreten Ort, die psychiatrische Klinik als Institution sowie ein gesellschaftliches Ordnungsmuster (Clausen/Eichenbrenner 2016, S. 11; Dörr 2005, S. 12). Historische Entwicklungen der Psychiatrie sind bis heute wesentlich für Verstehen und Haltung im Handlungsfeld. Die Psychiatrie war und ist ein Spiegel der Gesellschaft in Hinblick auf ihren Umgang mit psychisch belasteten und die Gesellschaftsnormen störenden Menschen. Durch diverse Kontexte änderten sich die Rahmenbedingungen psychiatrischer Versorgung. Seit den 1960er Jahren wird in Deutschland neben der medizinischen vermehrt die soziale Dimension berücksichtigt. Der Psychiatrie-Enquete (1975) folgte die Psychiatrie-Reform. Neben ausschließlich stationären entstanden teilstationäre, ambulante, komplementäre und arbeitsbegleitende Settings. Ziel der sogenannten sozialpsychiatrischen Bewegung ist es, die Mauern der Anstalten zu überwinden und betroffene Menschen in die Gemeinden zurückzuführen. Zentral für die Bewegung waren die kritische Analyse und Benennung der

Katrin Toens | Benjamin Benz (Hrsg.)

Schwache Interessen?

Politische Beteiligung
in der Sozialen Arbeit

BELTZ JUVENTA

Vorwort

Die Idee zu diesem Buch wurde von Studierenden der Sozialen Arbeit angeregt und von uns erstmals 2016 auf einem Treffen der Sektion Politik Sozialer Arbeit der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit (DGSA) vorgestellt. Wesentlicher Bestandteil der Idee war die Veranstaltung eines Wissenschaft-Praxis-Dialogs zum Thema „Schwache Interessen – Ein Blick in die deutsche Wirklichkeit“, der am 28. September 2017 im Schader-Forum Darmstadt stattfinden konnte. Über das Gelingen mögen andere und insbesondere unsere Studierenden urteilen. An dieser Stelle ist es an uns, all jenen ganz herzlich zu danken, die die Idee mit Leben gefüllt haben und in je eigener Weise zur Verwirklichung dieser Publikation beigetragen haben.

Besonders danken wir den folgenden Personen und Institutionen für tatkräftige Unterstützung. Dies sind zunächst alle Referent_innen, Moderator_innen, Mitdiskutant_innen und Protokollant_innen der Tagung, sowie alle Autor_innen der hier versammelten Beiträge. Die gemeinsam mit der Schader-Stiftung durchgeführte Dialog-Veranstaltung diente uns als Grundlage für die Konzeption und Realisierung des vorliegenden Buches. Wir freuen uns daher ganz besonders über das nachfolgende Grußwort von Alexander Gemeinhardt, Vorsitzender des Vorstands der Schader-Stiftung, und Kirsten Mensch, die als wissenschaftliche Referentin der Schader-Stiftung die Durchführung der Dialogveranstaltung operativ begleitet hatte. Wir danken unseren Kolleg_innen in der politikbezogenen Forschung und Lehre zur Sozialen Arbeit dies- und jenseits ausdrücklich politikwissenschaftlicher Orientierungen, insbesondere aus den Reihen der DGSA-Sektion Politik Sozialer Arbeit, für das Mitschreiben und Mitdenken am Veranstaltungs- und Publikationsprojekt. Gedankt sei insbesondere auch den Beteiligten aus Klient_innenselbstorganisationen und politischer Praxis Sozialer Arbeit dafür, dass sie ihr Erfahrungswissen, ihr fachpraktisches und politisches Know-How mit uns geteilt haben und in der einen oder andere Weise in dieses Projekt eingebracht haben.

Schließlich basiert ein solches Vorhaben auch auf der Bereitschaft von Menschen und Institutionen, Ressourcen, wie Zeit, Geld und Infrastruktur einzubringen. Für diesbezügliche Unterstützung danken wir der Schader-Stiftung, dem DGSA-Vorstand, der DGSA-Sektion Politik Sozialer Arbeit, sowie unseren beiden Hochschulen, der Evangelischen Hochschule Freiburg und der Evangelischen Hochschule Rheinland-Westfalen-Lippe in Bochum.

Freiburg und Bochum, im Januar 2019
Katrin Toens und Benjamin Benz

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.



Dieses Buch ist erhältlich als:
ISBN 978-3-7799-3890-3 Print
ISBN 978-3-7799-5085-1 E-Book (PDF)

1. Auflage 2019

© 2019 Beltz Juventa
in der Verlagsgruppe Beltz · Weinheim Basel
Werderstraße 10, 69469 Weinheim
Alle Rechte vorbehalten

Herstellung und Satz: Ulrike Poppel
Druck und Bindung: Beltz Grafische Betriebe GmbH, Bad Langensalza
Printed in Germany

Weitere Informationen zu unseren Autor_innen und Titeln finden Sie unter: www.beltz.de